

### Die Beratung des Hauptvoranschlags der Gemeinde im Stadtrate.

#### Der Bericht des Finanzreferenten Stadtrates Breitner.

In seiner gestrigen Sitzung begann der Stadtrat mit der Beratung des Hauptvoranschlags der Gemeinde für das am 1. Juli beginnende Verwaltungsjahr. Ueber die wesentlichsten Einzelheiten und über die Vorschläge, die der Magistrat zur Bedeckung des mit 403 Millionen Kronen veranschlagten Defizits der Gemeindeverwaltung beantragt, haben wir bereits berichtet, ebenso darüber, daß der Vorstand des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs der Erhöhung des Zinsfußes nicht zustimmt und in seiner am Sonntag abgehaltenen Sitzung beschloß, den Mitgliedern die Ablehnung zu empfehlen.

Die gestrige Beratung im Stadtrate wurde nach dem Berichte des Finanzreferenten Stadtrates Breitner abgebrochen und die Debatte auf die für heute vormittag anberaumte Sitzung verschoben. Die Veranlassung zu diesem Beschlusse gab ein Protest, den Stadtrat Dr. Kleinbeck im Namen der christlichsozialen Mitglieder dieser Körperschaft einbrachte und den er damit begründete, daß der Stadtrat erst gestern in den Besitz der umfangreichen Vorlagen gelangte und aus den Blättermeldungen am Sonntag Kenntnis von dem Magistratsberichte sowie über die Vorschläge zur Bedeckung des Defizits erhielt.

#### Die Folgen des Krieges für den städtischen Haushalt.

Stadtrat Breitner leitete seinen ausführlichen Bericht mit der Erklärung ein, daß die gegenwärtige finanzielle Lage der Gemeinde kein Gleichnis in der Geschichte Wiens finde, gleichwie kein Ereignis mit den furchtbaren Folgen des fünfjährigen Weltkrieges verglichen werden kann. Der Voranschlag spiegelt die trostlose Lage der Stadt, die so viel im Weltkriege gelitten hat und noch leidet, in seinen Ziffern wider. Das Gesamterfordernis, das im Vorjahre 365 Millionen betrug, ist auf 620 Millionen hinaufgeschwollen, denen nur Mehreinnahmen von 47 Millionen Kronen gegenüberstehen. Es ergibt sich ein unbedeckter Abgang von 403 Millionen Kronen. Dabei müsse bemerkt werden, daß das Budget, insoweit die gegenwärtigen Löhne und Materialpreise keine Verringerung erfahren, als den Tatsachen entsprechend und nicht künstlich gemacht anzusehen ist. So wurden 38 Bauten, die auf Grund früherer Beschlüsse des Gemeinderates wiederholt Jahre hindurch „mitgeschleppt“ wurden, ohne zur Ausführung zu gelangen, diesmal in den Voranschlag nicht eingestellt, weil sie dem Magistrat teils minder dringlich, teils auch technisch undurchführbar erschienen; die Kosten für diese Bauten würden ungefähr hundert Millionen Kronen betragen. Andererseits aber darf diese Sparsamkeit nicht zu weit getrieben werden, weil die Gemeinde heute der einzige große Arbeitgeber in Deutschland ist. Eine neuer zum erstenmal hergestellte Zusammenstellung aller Bauten, die die Gemeinde und ihre Betriebe in den nächsten zwölf Monaten planen und für welche die notwendigen Materialien bereits sichergestellt sind, erfordert Ausgaben in der Höhe von 210 Millionen Kronen. Die Arbeitslosigkeit müßte ungeheure Dimensionen annehmen, wenn eine finanzielle Katastrophe die Verwirklichung dieser Bauten verhindern sollte.

#### Die Begründung des 403-Millionen-Abganges.

Der Referent wendete sich sodann der Besprechung des Betriebsabganges und seiner Hauptursachen zu. Eine der wichtigsten Begründungen liegt in dem gewaltig gestiegenen Personalaufwand, der für die 22.000 Gemeindeangestellten, ungerchnet die 18.000 Angestellten der Unternehmungen, 281 Millionen gegenüber 95 Millionen Kronen im vorigen Jahre ausmacht. Den Angestellten die Erhaltung ihres Daseins zu ermöglichen, war ebenso eine unbedingte Notwendigkeit, wie es jetzt notwendig ist, auch Einnahmen zu schaffen, welche die Auszahlung der Gehälter ermöglicht. Der Referent bemerkte, daß sich in dem Budget noch nicht das Gepräge der neuen Verwaltung ausdrücke, die am 5. Mai ihr Amt antrat und eine unabänderliche Zwangslage vorfand, doch zeigen einige Posten, daß sich die Gemeinde den schweren Pflichten, die ihr der Krieg auferlegt hat, bewußt ist. So wurden für Armenkinder und Jugendfürsorge 40 Millionen eingestellt, denn an Leib und Seele haben die Kinder den größten Schaden in diesem Kriege erlitten, und der Aufbau der neuen Gesellschaft, wenn er überhaupt gelingen soll, muß von Grund auf geschehen. Eine neue Post bildet die Fürsorge für Tuberkulose, für die über 3 Millionen Kronen

eingesetzt sind, ein Betrag, der im Hinblick auf das furchtbare Wüten dieser Krankheit in Wien nur als gering angesehen werden muß. Für die Arbeitslosenunterstützung sind 30 Millionen Kronen veranschlagt, wobei von der Annahme ausgegangen wurde, daß die Arbeitslosigkeit im Laufe der nächsten zwölf Monate verschwindet. Diese Voraussetzung, die mit Rücksicht auf die gegenwärtige Kohlenversorgung etwas optimistisch bezeichnet werden darf, veranlaßte, nur das halbe Erfordernis, das auf Grund des gegenwärtigen Standes eigentlich 60 Millionen Kronen ausmachen würde, in den Voranschlag einzusetzen. Eine weitere Ursache des Defizits ist auch in den schweren Lasten zu suchen, die der Gemeinde durch die ungünstige Valuta erwachsen. Ein Teil des im Jahre 1902 aufgelegten Anlehens ist im Auslande vergeben und erfordert hiedurch eine Erhöhung des Zinsendienstes von 15 Millionen Kronen, wobei jedoch für die im Laufe des Krieges angewachsenen Coupondrückstände nicht vorgesorgt ist. Trotz der unausgesehten Verschlechterung des Kronenkurses würde, entgegen allen kaufmännischen Gesetzmäßigkeiten, für die im Auslande befindlichen auf Frankent lautenden Coupons die Krone für einen Franken eingesetzt, so daß man die sechsfache Ausgabe befürchten muß. Dies würde volle 125 Millionen Kronen ausmachen, die im Defizit von 403 Millionen Kronen noch nicht inbegriffen sind.

#### Die verschlechtesterte Lage der Unternehmungen.

Bezüglich der Unternehmungen der Gemeinde teilte der Referent mit, daß sie außer im Investitionsprogramm im Budget überhaupt nicht erscheinen, ein Erträgnis sieht nicht zu erwarten und die sich ergebenden Defizite müssen von den betreffenden Betrieben selbst in den kommenden Jahren getilgt werden, ein Vorgang, der kaufmännisch immerhin zu rechtfertigen ist, weil ein Teil des Defizits auf die Unmöglichkeit zurückzuführen ist, die Anlagen nach ihrer Leistungsfähigkeit und ihrem Bedarfe auszumitteln. Bemerkenswert waren die Mitteilungen über die Wirkung der Verdopplung der Straßenbahn tarife auf den Verkehr. Es war mit einem Rückgang von 10 Prozent infolge der Preiserhöhung und 10 Prozent infolge der Eröffnung des Stadtbahnverkehrs gerechnet worden. Da letztere bisher nicht erfolgen konnte und auch in absehbarer Zeit nicht erfolgen wird, so ist der Abfall der Einnahmen bloß mit 12 Prozent zu bezeichnen, und es dürfte, wenn dieser für die Wiener Bevölkerung so bedauerliche Uebelstand andauert, die Straßenbahn davon profitieren und einen geringeren als den mit 36 Millionen Kronen angenommenen Abgang aufweisen. Die Gaswerke erwarten einen Abgang von 3 Millionen Kronen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß keine weitere Einschränkung des Konsums sich als notwendig erweist. Es muß indes neuerlich hervorgehoben werden, daß die Situation der Gaswerke geradezu katastrophal zu nennen ist und daß ein Wunder geschehen müßte, wenn der Stillstand vermieden werden könnte. Das würde natürlich die finanzielle Gebarung verhängnisvoll beeinflussen. Wenn die geplante Erhöhung der Strompreise beschlossen wird, dürfte der Fehlbetrag bei den Elektrizitätswerken sich noch immer auf 3 Millionen Kronen beziffern.

#### Die Frage der Bedeckung.

Zur Frage der Bedeckung des Defizits führte der Referent folgendes aus: Es wäre Kleinlicher Fiskalismus und nicht zu verantworten, wenn man es unternehmen wollte, durch neue Einnahmen 400 Millionen Kronen herbeizuschaffen. Im Budget sind tatsächlich sehr bedeutende Posten, die den Charakter des Vorübergehenden tragen und die auch nur als solche hingenommen werden können. Wenn wir Jahr für Jahr solche Summen für Arbeitslosenunterstützung ausgeben müßten, wäre ein Wirtschaftsleben und eine soziale Ordnung an sich nicht denkbar. Angesichts dessen läßt es sich wohl verantworten, einen gewissen Teil des Defizits auf die Zukunft zu legen, wenn auch nicht gerade auf die Kindeslinder, so doch auf eine ruhigere Zeit, in der es klar geworden ist, unter welchen Verhältnissen wir unser Leben einzurichten haben. Aber ein ebenso schwerer Fehler wäre es, bezüglich des ganzen Defizits so vorzugehen, denn dann kann man mit mathematischer Gewißheit vorausberechnen, in welchem Augenblicke der Gemeindefinanznot eintreten wird. Die Bevölkerung muß sich darüber klar werden, daß es einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, zu verlangen, daß die Stadt Wien ihre Angestellten besser bezahlt, daß sie kostspielige Bauten ausführt, die kein Erträgnis abwerfen, daß sie in den Spitälern und Versorgungsanstalten gewaltige Mehraufwendungen für Kost

und Beheizung auf sich nimmt, und auf der andern Seite jedwede Mehreinnahme zu verweigern.

Dieses Kunststück kann keiner zustande bringen, und wenn es scheinbar beim Staate geht, so ist dies nur deshalb möglich, weil die Banknotenpresse Tag und Nacht arbeitet, was uns allerdings von Stunde zu Stunde dem Staatsbankrott näher bringt und worin eine der Ursachen der furchtbaren Geldentwertung zu suchen ist, die das Gemeindefinanzbudget gleichfalls zerrüttet. Selbst wenn uns ein solches Hilfsmittel zu Gebote stünde, könnte ich nur von dessen Anwendung mit aller Entschiedenheit abraten. Die schlechte Lage der Gemeindefinanzen ist ja schon lange kein Geheimnis mehr, und es war dies mit einer der Ursachen, weshalb wir mit solichem Nachdruck darauf beharrt haben, wenigstens die Gemeindebetriebe finanziell in Ordnung zu bringen; wir hätten sonst ein Defizit von nahezu 700 Millionen Kronen. Sind wir augenblicklich in Sorge, wie wir die Gehälter und Löhne für den 1. August beschaffen sollen, so hätten wir dann die unbedingte Gewißheit, es überhaupt nicht zu vermögen, und es würden jetzt schon Störungen mit unabwehrbaren Folgen sich ergeben.

#### Die Erhöhungen der letzten Wochen.

Wir haben in den letzten Wochen reichlich erforscht, wo irgend etwas herauszuholen ist. Es wurde die Luftbarkeitssteuer scharf in die Höhe gesetzt, die Totalisatorsteuer verdoppelt, wegen gemeinsamer Einführung einer Automobilsteuer wurde mit dem Lande in Fühlung getreten, die Erhöhung der Markt-, Schlachthaus- und Lagerhausgebühren sowie die Revision der Bädertarife ist im Zuge. All das mag im besten Falle 20 Millionen Kronen bringen, kann uns aber nicht helfen. Und so ist es nur natürlich, wenn der Magistrat schließlich jenes Mittel vorschlägt, das nur in der Zeit der höchsten Not, Wien war gewiß noch nie in größerer Not als gegenwärtig, benützt wurde, die Erhöhung der Zinse.

#### Die vorgeschlagene Erhöhung der Mietzinse.

Es ist außer aller Frage, daß es heute in Wien nichts Unpopulärereres geben kann als eine Steigerung der Mietzinse und daß darin die Gefahr einer neuen Feuerungswelle gelegen ist. Das Mieterschutzgesetz hat wie kaum eine andre gesetzliche Bestimmung im Denken und Fühlen der Bevölkerung unzerstörbare Wurzeln gefaßt. Es ist der Gedanke gar nicht mehr vorstellbar, daß irgend jemand, der seinen Zins willkürlich bezahlt und sich auch sonst, was Wohnungsbenützung anlangt, einwandfrei verhält, durch die Willkür des Hausherrn obdachlos gemacht werden könnte. Und ebenso ist die Bevölkerung darüber klar, daß bei dem absoluten Wohnungsmangel die Mieten zweifellos ebenso ins Ungeheure gestiegen wären wie Lebensmittel oder Kleider, und daß wir heute die Zinse um das Fünf- oder Zehnfache gesteigert hätten, wenn kein Mieterschutzgesetz bestände. Auf der andern Seite aber steht die Tatsache, daß dadurch die Einnahmequellen der Gemeinde einfach zugeschnürt wurden.

Während zum Beispiel die Einkommensteuer im Frieden in Wien 34 Millionen Kronen ausmachte und bis zum Vorjahre auf 140 Millionen Kronen stieg, weisen die Steuern aus den Mietzinsen keine nennenswerte Veränderung auf. Dabei sind nun zwei Dinge zu beachten. Es hat sich jenes Verhältnis, das seit jeher zwischen den gesamten Einnahmen und dem Wohnungsaufwand bestand und das innerhalb gewisser Grenzen in der ganzen Welt besteht, durch die Mieterschutzverordnung vollkommen verschoben. Ein Arbeiter, der vor dem Kriege 2000 K. Einkommen hatte, zahlte 500 bis 600 K. Miete, also 15 bis 22 Prozent seines Einkommens. Bei den ganz großen Wohnungen und bei den ganz großen Einkommen war die Quote etwa 10 Prozent und immer in Wien etwas höher als in den andern Großstädten. Gegenwärtig sind nun die Einkommen der Arbeiter, soweit sie wirklich Beschäftigung haben, auf 8000 bis 10.000 K., bei manchen Kategorien sogar darüber hinaus gestiegen. Der Zins aber ist gleich geblieben, so daß der Aufwand für Wohnungen nicht mehr 15 bis 20 Prozent, sondern nur etwa 5 Prozent ausmacht. Es ist dies ein Verhältnis, wie es weder in Deutschland der Fall ist, noch zumindest vor dem Kriege in Amerika, England und Frankreich war. Damit im Zusammenhange steht aber noch eine andre äußerst wichtige Sache. Die Herstellungskosten eines Hauses sind ganz ungeheuer gestiegen. Das bedeutet, daß auf eine private Bautätigkeit nach menschlichem Ermessen gar nicht zu rechnen ist. Man wird fassungslos gegenüber der Feststellung, daß bei den Bauten auf dem Margaretenquartier, bei welchen die Gemeinde den verlorenen Bauaufwand trägt, und deren Ausführung sie streng überwacht, die Herstellungskosten einer Wohnung, bestehend aus zwei Zimmern und Küche, solche sind, daß bei oom-